

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreigespalt. Zeile 1 M. Aufnahme nur bei vor-
herg. Gebühreneinsetzung auf Postcheck. Alfred Kiebel 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Reaktionsfrist Freitag

Außerordentlicher Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands

Am 13. April 1932 trat im Plenarsaal des Reichstags der Krisenkongreß der freien Gewerkschaften zusammen. Der Kongreß war ursprünglich auf den 23. März anberaumt, mußte jedoch infolge des „Osterfriedens“ bis nach der Reichstagswahl verschoben werden, weil die Bedeutung des Problems, mit dem er sich zu beschäftigen hatte, eine Erörterung des ganzen Fragenkomplexes in voller Öffentlichkeit und in Gegenwart der Reichsregierung unabsehbar erscheinen ließ. Wir haben, so erklärte Leipart in seiner Eröffnungsrede, den Krisenkongreß bis heute vertagt, weil wir nicht hinter verschlossenen Türen tagen wollten, wie dies während des Osterfriedens nur möglich gewesen wäre und weil wir dem Schrei der notleidenden Massen nach Arbeit und Brot vor aller Öffentlichkeit Geltung verschaffen wollen.

Die Reichsregierung war vertreten durch Arbeitsminister Stegerwald und Wirtschaftsminister Warmbold. Preußen durch die Genossen Braun und Severing, die bei ihrem Erscheinen lebhaft begrüßt wurden. Der Reichkanzler Brüning, der sein Erscheinen bestimmt zugesagt hatte, ließ mitteilen, daß er zu seinem größten Bedauern verhindert sei.

Die Einleitungsrede des Bundesvorsitzenden Theodor Leipart war zugleich eine Anklage gegen das herrschende kapitalistische Wirtschaftssystem und die Reichsregierung. Leipart führte u. a. aus: „Die Öffentlichkeit ist allmählich abgestumpft gegenüber der ungeheuerlichen Last, die über 6 Millionen Deutsche arbeitslos sind, während unter den unmittelbaren und mittelbaren Folgen dieser wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe eine noch unendlich viel größere Zahl von Menschen zu leiden hat. Auch die verantwortlichen Stellen verhalten sich gegenüber dieser unter ihnen, wie außenpolitischen Gesichtspunkten drängenden Frage der deutschen Politik allzu passiv. Um so nachdrücklicher müssen die Gewerkschaften den Ruf nach Arbeit für die Arbeitslosen erheben.“

Sie tun es nicht zum ersten Male. Seit Januar 1930 haben sie keine Gelegenheit vorübergehen lassen, auf die Notwendigkeit planmäßiger öffentlicher Arbeitsbeschaffung hinzuweisen, eine vernünftige Konjunkturpolitik der Auftragsbehörden zu fordern, auf ein Zusammenwirken aller verantwortlichen Stellen zu drängen, um die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung zu ermöglichen.

Eine Politik der wirtschaftlichen Verständigung im übernationalen Rahmen wird durch tiefgreifende politische Widerstände erschwert, die auf den Krieg und auf den Verfall der Vertrag zurückgehen und die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise unheilvoll verschärfen. Die Überwindung der Krise ist so schwer, weil sie zugleich eine wirtschaftliche und politische Krise ist, weil die drückende Atmosphäre gegenseitigen Misstrauens zwischen den Völkern und die sozialen und politischen Spannungen innerhalb der einzelnen Völker das Aufkommen eines auf Sicherheit der Verhältnisse gegründeten Vertrauens erschwert, das die Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft ist. Trotzdem, nein, gerade deshalb haben die Gewerkschaften sich immer wieder für die weltpolitische Verständigung eingesetzt, sind sie für eine internationale Kreditvereinbarung als finanzielle Grundlage einer großzügigen Arbeitsbeschaffung eingetreten.

Aber die aktive Förderung internationaler Maßnahmen zur Verringerung und Behebung der Arbeitslosigkeit, deren Durchführung nur langsam zu überwindenden Schwierigkeiten begegnet, entziehen die Reichsregierung und alle Stellen, die mit Verantwortungsbewußtsein an einer Besserung der wirt-

schaftlichen Verhältnisse arbeiten, nicht von der Verpflichtung, auch im Rahmen der nationalen Wirtschaftspolitik die Arbeitsbeschaffung anzubahnen.

Der Bundesausschuß des ADGB hat auf seiner Tagung im Februar 1932 zu den verschiedenen Finanzierungsplänen der Arbeitsbeschaffung Stellung genommen. Der Gedanke, der ihn bei seinen Erwägungen über die verschiedenen Möglichkeiten der Finanzierung leitete, war, daß unter allen Umständen die Währung nicht gefährdet werden dürfe. Ohne sich auf einen einzelnen Plan festzulegen, kam er zu dem Schluß, daß der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung keine unüberwindbaren Hindernisse entgegenstehen, wenn Reich, Länder und Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost, Reichsbank und die übrigen verantwortlichen Körperlichkeiten an der großen Aufgabe zusammenwirken. Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reich sichern und das Vertrauen in die Zukunft Deutschlands im Inland und im Ausland wieder herstellen.

Die Deflationpolitik der Reichsregierung war gegen die eigenen Volksgenossen, insbesondere gegen die großen Schichten der Arbeiter und Angestellten von einer bis an die äußerste Grenze des Erträglichen gehenden Rücksichtslosigkeit. Bei allem Verständnis für die außenpolitischen Argumente der Reichsregierung haben die Gewerkschaften diese Politik entschieden bekämpft. Der rigorose Abbau der sozialen Leistungen und der Abbau der Löhne führen unweigerlich zu einer Verelendung der breiten Volksmassen, sie zerstören nicht nur die Kaufkraft und damit eine der Voraussetzungen der Belebung der Wirtschaft, sie untergraben die Grundlagen der staatlichen Ordnung, sie steigern die innenpolitischen Spannungen. Diese Wirkungen treten um so unvermeidlicher ein, wenn nichts geschieht, um durch Mittel, die keine besonderen Aufwendungen, sondern nur Entschlußkraft erfordern, die Not zu lindern. Nichts ist trotz der wiederholten dringenden Mahnungen der Gewerkschaften geschehen, um durch systematische, gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Arbeitsbeschaffung und Verteilung der Arbeitsgelegenheit sind aber untrennbar verbunden.

Es ist ein Skandal, daß noch immer regulär über 48 Stunden gearbeitet wird, daß noch immer vielfach Ueberstundenarbeit gebudelt wird, daß noch immer Leute, die Pensionen beziehen, anderen die Arbeitsplätze wegnehmen, daß kein ernsthafter Versuch unternommen wird, die Frage des Doppelverdienens zu lösen.

Viele Zehntausende würden Arbeitsmöglichkeiten finden, wenn dieser Skandal aufhört, weitere Zehntausende würden wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden können, wenn endlich die allgemeine gesetzliche Bierstundenvoche eingeführt würde. Der Reichsarbeitsminister hat im September eine Notverordnung über die Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt. Sie ist bis heute noch nicht erlassen worden.

Der Ruf nach Kostensenkung hat dafür um so mehr Gehör gefunden. Dauern würden mit staatlicher Hilfe die Löhne gelenkt mit der Begründung, daß dann alles besser werden würde. Tatsächlich ist nichts besser geworden. Industrie, Handel und Gewerbe sind in immer größere Not hineingeraten. Der Anfang der Arbeitslosigkeit und das Elend der Arbeitslosen ist mit jedem Angriff auf die Löhne gewachsen. Die zwangsweise Sentung der Preise hat nicht Schritt gehalten mit der Sentung der

Löhne. Das wissen auch die Arbeitgeber. Trotzdem haben sie zum 30. April fast alle Tarifverträge gekündigt, um weitere Lohnkürzungen durchsetzen zu können. Neue Schiedsprüche liegen vor, die den Arbeitern nochmals einen Lohnabzug von 10 Proz. aufzwingen.

Der Kongreß erhebt entschieden Protest gegen diese widersinnige Politik, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen muß. Von Notverordnung zu Notverordnung ist die Zahl der Arbeitslosen gewachsen.

Das darf so nicht weitergehen!

Es ist fast ein Wunder, daß das deutsche Volk nach allem, was ihm zugemutet wurde, diesen Winter überstanden hat. Die Disziplin und die moralische Kraft der Arbeiterschaft verdienen die höchste Achtung und Bewunderung. Aber Entlagen und Opfer müssen endlich eine Grenze haben.

Noch hofft die Masse der organisierten Arbeiter darauf, daß es den Gewerkschaften mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der Reichsregierung gelingt, dem Massenelend zu steuern, die Krise durch Arbeitsbeschaffung zu lindern, eine Belebung der Wirtschaft anzubahnen. Soll dieses Vertrauen auch noch zerbröckeln werden? Das darf nicht sein, nicht um der Gewerkschaften, sondern um des Staates und des Volkes willen.

Man hat gesagt, eine Arbeitsbeschaffung großen Stils sei mit Rücksicht auf die außenpolitischen Interessen unmöglich. Man hat insbesondere darauf verwiesen, Frankreich werde daraus den Schluß ziehen, daß Deutschland noch nicht so arm sei. Indessen, dieser Hinweis kann nicht gelten. Im Mittelpunkt der französischen Politik steht die Sicherheitsfrage. Die Gewerkschaften stellen daher vor aller Welt die Frage: Dient es der Sicherheit Frankreichs, dient es der ernstgemeinten Befriedung Europas und der Welt, wenn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Verelendung immer weitere Kreise der Bevölkerung, insbesondere auch der arbeitslosen Arbeiter, der Verzweiflung und dem politischen Radikalismus verfallen? Kann also Frankreich im Ernst Folgerungen für seine weder wirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Reparationsansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten noch vorhandenen Finanzreserven für die Beschaffung von Arbeit aufwendet zu dem Zweck, dem weiteren Fortschreiten der Verzweiflung und des politischen Radikalismus zu begegnen?

Keinertel übertriebene Rücksicht auf außenpolitische Interessen darf daher die Reichsregierung veranlassen, die unmittelbare Inangriffnahme der großen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung hinauszukleben. Arbeitsbeschaffung ist unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten die zentrale Aufgabe der deutschen Politik.

Lebhafter, anhaltender Beifall am Ende dieser Ausführungen ergaben das Einverständnis der Kongreßteilnehmer mit den Ausführungen des Führers.

Nachdem das Büro des Frankfurter Kongresses durch Zursuf wieder eingeleitet war, erfolgte das Referat Wilhelm Eggerts über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung.

Die weltwirtschaftliche Lage ist durch drei große, martante Züge gekennzeichnet:

Durch die Industriekrise, durch ihr Zusammenfallen mit der Agrarkrise und durch eine Vertrauens- oder Kreditkrise mit ihrer vernichtenden Wirkung auf die anderen Krisenherde.

Durch das Zusammentreffen der Industriekrise mit der Agrarkrise fehlt in der Weltwirtschaft ein

gesundes Teilgebiet, von dem aus das Krisengebiet gestiftet und wieder „angefurbelt“ werden könnte. Die Weltwirtschaft in allen Zweigen ist also diesmal in ihrer Gesamtheit getroffen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem verlagert. Diese geschichtliche Tatsache ist für unsere Forderung nach Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand von entscheidender Bedeutung.

Die langen unfruchtbaren Verhandlungen der Weltmächte in der Abrüstungsfrage, das ungeklärte Reparationsproblem, die Ereignisse im Fernen Osten, das noch unvollkommene Wirken des Völkerbundes und die Kämpfe um Diktatur oder Demokratie innerhalb der Nationen Europas — das alles hat zu weltpolitischen Spannungen und zu gegenseitigem Mißtrauen der Völker geführt.

Auch die Führer der kapitalistischen Wirtschaft wissen weder aus noch ein. Sie machen es sich in Deutschland besonders leicht. Sie versuchen die Verantwortung von sich abzuwälzen, indem sie unausgesprochen erklären, Schuld an der Krise in Deutschland liegt die deutsche Lohn- und Sozialpolitik. Sie fordern die Freiheit der Wirtschaft, das heißt der Staat soll sich nicht um die Wirtschaft kümmern. Aber dasselbe Unternehmertum, das so spricht, nimmt dauernd und ausgiebig in allen möglichen Formen die Hilfe des Staates in Anspruch.

Zwischen den beiden Standpunkten der Revolutionsromantiker und des Unternehmertums muß sich die Arbeiterklasse durchkämpfen und dabei den Umbau der kapitalistischen Wirtschaft in eine planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft erzwingen.

Der Staat hat gerade in der gegenwärtigen Situation, angesichts des Verjagens der Privatwirtschaft, die Aufgabe, regelnd und lenkend in die Wirtschaft einzugreifen. Von dieser Ueberzeugung sind die Gewerkschaften bei ihren Vorschlägen für die Arbeitsbeschaffung ausgegangen. Dabei waren sie sich durchaus bewußt, daß sich Deutschland in einer weit ungünstigeren Lage befindet als etwa die Vereinigten Staaten oder England.

Die Arbeitsbeschaffung muß sich daher in den durch die finanziellen Verhältnisse Deutschlands gezogenen Grenzen halten und die Arbeiten müssen volkswirtschaftlich rentabel sein, das heißt: Werte schaffen, deren Ertrag eine Rückzahlung der aufgewandten Kosten ermöglicht.

Die ganze Aktion muß volkswirtschaftlich einwandfrei fundiert sein, Verzinsung und Tilgung der Kredite so gesichert werden, daß die Währung in keiner Weise bedroht ist.

Sämtliche Träger der Arbeitsbeschaffung müssen in eine „Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung“ zusammengefaßt werden.

Die Gewerkschaften müssen in der „Zentralstelle“, wie in allen Arbeitsbeschaffungsorganisationen, stark vertreten sein.

Mit der Arbeitsbeschaffung muß eine wirklich scharfe amtliche Preisüberwachung auf allen Gebieten einsetzen, und diese Preisüberwachung muß während des ganzen Jahres der Arbeitsbeschaffung bestehen. Sie muß das Ziel verfolgen, jede spekulative Preisbildung unter allen Umständen zu unterbinden. Die Preisüberwachung kann nur erfolgreich sein in Verbindung mit einer dem Sinn und Zweck der Arbeitsbeschaffung angepaßten Zoll- und Kartellpolitik.

Im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung sollte die Reichsregierung, um die noch vorhandene und zu beschaffende Arbeit auf möglichst viele Arbeitskräfte zu verteilen, endlich die allgemeine gesetzliche 40stündige Arbeitswoche durchzuführen. Die lange Arbeitszeit ist in Deutschland — angesichts der Tatsache von Millionen Erwerbslosen — zu einem öffentlichen Vergernis geworden. Die Regierung muß daher ihre passive Haltung in dieser sozialen und konjunkturpolitisch wichtigen Frage aufgeben. Die Gewerkschaften können in der gegenwärtigen Situation allein den schreitenden Mißstand nicht beseitigen. Hier kann nur die Gesetzlichkeit aufzuräumen, und sie muß aufräumen, wenn Gesellschaft und Staat in ihrer Gesamtheit nicht unheilbaren Schaden nehmen sollen.

Die Arbeitsbeschaffung darf nicht im Zeichen niedriger Entlohnung stehen. Im Gegenteil müssen solche Arbeiten den Vorzug erhalten, bei denen der Lohnanteil, sowohl im Vorprodukt als auch in der letzten Ausführung möglichst hoch ist. Zusätzliche Raufkraft muß geschaffen werden, um dadurch die Konsumgüter-Industrie, in weiterer Folge die Produktionsgüter-Industrie und schließlich den wirtschaftlichen Gesamtverlauf zu beleben. Die Entlohnung der Arbeitskräfte in der Arbeitsbeschaffung muß daher selbstverständlich nach den Bestimmungen der Tarifverträge erfolgen.

Darum ist auch im allgemeinen im Rahmen der Arbeitsbeschaffung für den freiwilligen Arbeitsdienst kein Raum. Es dürfen nur wirklich zusätzliche Arbeiten für den freiwilligen Arbeitsdienst in Betracht gezogen werden, nämlich zusätzliche Arbeiten, die sich für Jugendliche als ungelernete Arbeitskräfte

besonders eignen, dagegen für ältere verheiratete Arbeiter ohnehin nicht in Frage kommen.

Die Regierung hat jederzeit für das Unternehmertum eine offene hilfeiche Hand gehabt, nun muß sie auch etwas für die Forderungen der Arbeiter übrig haben. Wenn alle Kräfte zusammenarbeiten und des guten Willens sind, das Unglück der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu mildern, muß es unter Führung der Reichsregierung unter Hinzuziehung von Vertretern der Gewerkschaften möglich sein, eine Lösung zu finden.

Reichsarbeitsminister Stegerwald verteidigt die Regierungsmaßnahmen. Ein Hauptfaktor für jede Besserung sei die außen- und innenpolitische Beruhigung. Dafür würde der Ausgang der Reichspräsidentenwahl von größter Bedeutung sein.

Warum haben sich so viele Großunternehmer bei der Reichspräsidentenwahl für Hitler erklärt? Weil sie durch eine zweite Inflation ein zweites Mal ihre Schulden loszuwerden hoffen.

Nicht aus Liebe zu den Aktionären sei die Banken-

den dann noch vorhandenen Bedarf decken kann. Die sächsische Industrie schrumpft nicht nur, sie stirbt ab. Dagegen hilft kein Lohnabbau. In ganzen Landstrichen sind höchstens noch 10 Proz. der Arbeiter beschäftigt und zum großen Teil auch nur mehr Kurzarbeiter. Die Arbeitschwierigkeiten sind durch die Handelspolitik der Regierung noch verschlechtert worden. Die „Entwicklungsgleichheit“ von Beamtengehältern und Arbeiterlöhnen hätte man auch durch Arbeitszeitverkürzung erreichen können, aber man hätte damit die ungeheure Vermehrung der Arbeitslosen verhindert. Seit der Zeit, wo der Reichszähler und der damalige Reichswirtschaftsminister den sächsischen Industriellen den Lohnabbau zugelasst haben, ist die Zahl der Wohlfahrtsempfänger noch stärker gestiegen als die der Arbeitslosen. Und die Gemeinden pießen auf dem letzten Loch. Arbeitsbeschaffung ist das Mittel zur Ueberwindung des politischen Raubrittertums; nicht aus reaktionärer Gesinnung oder aus bolschewistischem Wundberglauben haben die Leute im Vogtland so gestimmt, sondern aus purer Verzweiflung, die es auch einmal mit Marktscheitern versuchen will, obwohl sie ihnen nichts glaubt.

Mit größter Spannung hörte der Kongress die klugen Ausführungen des preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun: Es habe sich gezeigt, daß das Vorgehen gewisser Wirtschaftsführer stark in die Enge geführt hat. Wenn wir manche dieser Wirtschaftsführer jetzt sehen ohne den Nimbus, den die kapitalistische Presse immer um sie gewoben hat, so würde mancher von ihnen sich als etwas ganz anderes entpuppen. Mit den sechs Millionen Arbeitslosen kann es nicht so weitergehen. Wirtschaftlich geht es nicht, aber noch viel schlimmer ist der demoralisierende Einfluß der Arbeitslosigkeit.

Die jungen Leute kommen aus der Lehre in die Stempelstellen und erliegen dem Einfluß des Nichtstuns, ohne sich weiter ausbilden zu können. Wenn auf den Straßen diese halb-wüchsige Jugend fortgesetzt mit Messer und Schlagring sich gegenübertritt, so ist das nicht nur auf die verbrecherische Agitation zurückzuführen, sondern auf das Nichtstun, das sie dafür erst empfänglich macht. Deshalb muß die öffentliche Verwaltung alles tun, und unter Umständen auch etwas riskieren, um die Mittel zu wirtschaftlich notwendiger Arbeit der drachliegenden Arbeitskräfte in öffentlichem Interesse aufzubringen.

Zur weiteren Enturbelung der Privatwirtschaft ist vor allem internationale Kreditwirtschaft notwendig, damit wir aus der jetzigen Vermittlung herauskommen.

Es handelt sich nicht nur um das Reparationsproblem. Für mich ist dieses geklärt dadurch, daß Deutschland ab jetzt nicht zahlen kann.

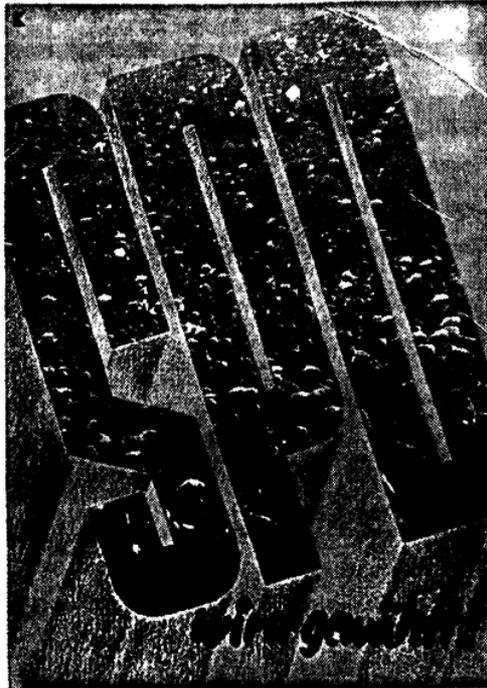
Kun hört man das Schlagwort, wir müßten uns wieder großhungen. Der das ausspricht, meint dabei immer den anderen. Großhungen kann man sich nicht. Wenn wir alle barfuß gehen wollten und in Papierhemden wie in der seltsamen Kriegszeit herumlaufen, dann könnten wir schließlich auch noch die letzten unserer Fabriken schließen. Wer soll aber dann die Arbeitslosenunterstützung zahlen? Und wenn das Volk nur Kartoffeln und Salz haben sollte, wie sollte es das erlangen? Das A und O der Wirtschaft ist:

Nur von einem gesunden leistungsfähigen Innenmarkt aus können wir zum leistungsfähigen Weltmarkt kommen und fruchtbringend exportieren.

Drückt man aber die Löhne immer weiter, um zu exportieren, so zerstört man den Innenmarkt und außerdem errichtet das Ausland gegen solche Unterbietung Dämme. Die haben auch ihre Arbeitslosen und warten nicht darauf, daß wir sie mit billigen Waren überschwemmen. Gewiß dürfen wir uns nicht kolieren, aber wir dürfen auch nicht durch immer weiteren Lohndruck, durch den man unsere Leistungsfähigkeit zu erhöhen glaubt, das Gegenteil erreichen.

Sobald die innenpolitischen Entschärfungen getroffen und die außenpolitische Regelung vorgenommen ist, werden wir mit aller Kraft das Arbeitslosenproblem angreifen müssen. Nach meiner Ueberzeugung ist das nur möglich durch eine ganz radikale Verkürzung der Arbeitszeit — da gehe ich noch weit über die 40-Stunden-Woche hinaus!

Nachdem die Maschine dem Menschen die Arbeit abgenommen hat, kann doch der Mensch nicht so weiter schlafen wie vorher, noch dazu ohne zu wissen, wo das Produkt bleibt. Bei der Verkürzung der Arbeitszeit werden Opfer auf allen Seiten verlangt. Aber ich sehe darin die einzige Möglichkeit, dem Menschen die Lust an der Arbeit wiedergeben und damit auch die Lust am Leben und die Möglichkeit,



sanierung erfolgt, sondern im Interesse von drei viertel Millionen Kontenhabern und der drei Millionen Arbeitnehmer, die bei ihnen in Arbeit stehen. Drei Aufgaben habe die Reichsregierung in diesem Sommer auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik zu leisten. Sie habe dafür zu sorgen, daß Betriebe, die Aufträge haben, die notwendigen Kredite erhalten; sie habe ferner die öffentlichen Einnahmen zu balancieren und schließlich müsse sie alles tun, was ohne Gefährdung der Währung zur Bekämpfung der Wirtschaftsschrumpfung und zur Beschaffung von Arbeit geschehen kann.

Zur Lohnfrage erklärte Stegerwald, daß die Reichsregierung an eine Lohnlenkung nach dem 30. April nicht denke. Für das Gros der Arbeiter seien die Löhne nicht mehr zu hoch. Es seien aber noch einige Angleichungen notwendig. An dieser Stelle seiner Rede stieß der Arbeitsminister auf heftigen Widerspruch der Kongreßteilnehmer.

Diese allgemeine Erregung klang auch noch aus den Ausführungen des ersten Debattierenden heraus. Bernbard, der Vorsitzende des Baugewerksbundes stellte an Stegerwald die Frage: „Wie tief muß denn der Lohn sein, damit er vor dem herrn Reichsarbeitsminister Gefallen findet?“ Bernbard wendet sich gegen die Versuche, mit dem Lohnabbau die Wirtschaft anzukurbeln und erinnert Stegerwald daran, daß er doch selbst Gewerkschafter gewesen ist. Mit aller Schärfe erhebt Bernbard Protest gegen jeden Mißbrauch des freiwilligen Arbeitsdienstes. Die drei folgenden Redner (Metallarbeiter), Schmidt (Bergarbeiter) und Lengsdorff (Gesamterverband) behandeln die Entwicklung in der Großindustrie, im Bergbau und in den Kommunen, die dazu drängt, daß alle diese Betriebe in die Hand der Nation überzuführen sind.

Die besonders traurige Lage der sächsischen Arbeiterkasseler Arbeiter, der Bundessekretär des ADGB für den Freistaat Sachsen, in ergreifender Weise. Selbst bei Wiederkehr der Konjunktur dürften fünf Sechstel der sächsischen Glasarbeiter außer Arbeit bleiben, da ein Fünftel der möglichen Produktion

aus der Situation zu entziehen, in die uns der unseitige Krieg mit seinen Folgen hineingebracht hat!

Larnow, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, verlangt von der Reichsregierung mehr Energie in ihren Handlungen. Wenn das bestehende Wirtschaftssystem Änderungen verhindert, die allein neue Lebensmöglichkeiten schaffen können, dann bleibt nichts übrig, als das System zu ändern.

Kollege Spilidit bezeichnet es als durchaus unerfreulich, daß für die Arbeitsbeschaffung jetzt das Finanzministerium viel mehr zuständig sei als das Arbeitsministerium. Mit aller Schärfe betonen wir die Aufrechterhaltung einer wirklichen, nicht nur falschierten Arbeitslosenunterstützung.

Weiter sprachen noch Thimig (Fabrikarbeiter), Quallow (Stapreuer), Scheffel (Eisenbahner) und Kreuger (Bandarbeiter). Thimig richtet seine Ausführungen nicht nur an Regierung und Staat, sondern auch an die Arbeiterklasse selber.

In seinem Schlusswort stellt Eggert den einigen Willen des Kongresses für Arbeitsbeschaffung fest, wofür alle verfügbaren Kräfte eingesetzt werden sollen. Durch die Annahme der Entschliebung beauftragen Sie uns, bei der Regierung vorstellig zu werden mit unseren Forderungen, aber zugleich auch für den Umbau der privatkapitalistischen Wirtschaft in eine höhere Ordnung zu arbeiten.

Nach einstimmiger Annahme der Entschliebung, die wir an anderer Stelle wiedergeben, wird der Kongress geschlossen mit dem Ruf:

Die Deutsche Republik, der Freiheit Preußen und die organisierte deutsche Arbeiterchaft, sie leben hoch!

Entschliebung

angenommen auf dem 5. Bundestag des ADGB. am 13. April 1932.

Die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend im Lande haben ein Ausmaß erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Aufwand seiner ganzen Kraft dem Schrupfungsprozess der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.

Der Kongress richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergebung öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privataufträge zu treffen in einem Umfange, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt.

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongress verkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, daß die Anstrengungen zu ihrer Überwindung gesteigert werden. Alle noch auftreibbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsluftsteuer erfassten Beträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden.

Darüber hinaus unterstützt der Kongress die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer volkstümlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so ausgestaltet ist, daß sie die von der Bevölkerung gehorteten Gelder anzieht.

Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfange auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen nötigenfalls besondere Zweckverbände der Schuldnerkörperschaften gebildet werden.

Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Einfuhrpolitik muß jeder spekulativen Preisbildung vorgebeugt werden.

Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralstelle zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich, das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inlande wie im Auslande zu verstärken.

Der Kongress wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und Stärkung der Massenkaufkraft.

Der Kongress fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

Unbeschadet aller Vordringlichkeit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongress es als eine gleichfalls unerlässliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen, die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen.

Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitester Volkskreise verloren.

Der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden. Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Umbau der Wirtschaft erneut der Regierung vorzulegen und sie mit stärkstem Nachdruck zu vertreten.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit am 31. März 1932.

Table with multiple columns: Gau, Lederverarbeiter, Tapezierer, Fahrzeugbau, Treibriemer, Sonstige Branchen, Zusammen, Insgesamt, Außer dem Geltungsgebiet, Es entfallen auf das Hundert Ende Sept. 1931, Ende Dez. 1931. Includes sub-sections for Mitgliederbestand, arbeitslos, Kurzarbeiter, and Prozent betrug die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

Rechnet man die auf Vollarbeiter umgerechneten Kurzarbeiter zu den tatsächlichen Vollarbeitern zu, so beträgt die Zahl der Vollbeschäftigten am Schluss des ersten Quartals 33,3 Prozent gegenüber 32,6

Prozent am Ende des Jahres 1931. Für die einzelnen Branchen betragen die Prozentsätze: Lederverarbeiter 35,1 (33,0), Tapezierer 30,9 (32,8), Fahrzeugbau 28,3 (22,3), Treibriemer 46,7 (46,3)

und sonstige Branchen 41,6 (42,4). Von den männlichen Verbandmitgliedern — ohne Lehrlinge — waren Ende März 1932 arbeitslos 64,5 Proz., von den weiblichen 49,6 Proz.

Vierzig Jahre in Treue zum Verband.

Am 23. April blickt wieder einer unserer alten Funktionäre, der in Verbandskreisen wohlbekannte und allgemein geachtete Kollege Otto Steiner, auf eine vierzigjährige Zugehörigkeit zu unserer Organisation zurück. Als blutjunger Sattlergehilfe schloß er sich, von seiner Vaterstadt Breslau kommend, 1892 in Leipzig dem damaligen Verband der Sattler und Tapezierer an. Mit Liebe, Hingabe zur Sache und Opfermut hat er jederzeit sich sowohl in praktischer Kleinarbeit als auch auf besonderem Posten



Der Hauptvorstand.

in vorbildlicher Treue zur Organisation bewährt. Schon 1897 nahm er am Einigungskongreß der Sattler und Tapezierer zu Leipzig teil. Später wurde er wiederholt zu Verbandstagen delegiert. Nach Kriegsende leitete er in Leipzig den organisatorischen Wiederaufbau und Ausbau. Mehrere Jahre war er auch Mitglied des erweiterten Vorstandes. Seit langem übt er das Amt des nebenberuflichen Fachlehrers an der Berufsschule aus. Und noch gegenwärtig stellt er als Obmann der Lederwarenbranche voll und ganz seinen Mann. Daneben hat Steiner jederzeit regen Anteil an den politischen Geschehnissen genommen. Die verschiedenen Neckenschläge der Unternehmung in Gestalt von Maßregelungen haben aber seinen Kampfesmut nicht zu brechen vermocht. Mäge uns der Jubilar noch recht lange als aktiver Mitstreiter erhalten bleiben und seine Treue die jüngere Generation zum Nachefern anspornen!

Ortsverwaltung Leipzig.

Man sieht, es gibt auch Nationalsozialisten, die wissen, was sie von ihrem Konsumverein zu halten haben.

Abendkurse

in Englisch, Französisch und Russisch für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse sowie Einbeistnotenographie und Schönschreiben beginnen Anfang Mai in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins. Teilnehmer mit Vorkenntnissen in Englisch, Französisch und Russisch können jederzeit entsprechenden Mittel- und Oberkursen beitreten. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Richtiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandelt: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Sprachlehre und Satzzeichenkunde, Fremdwortkunde, „mir“ oder „mid“, grammatische Schwierigkeiten, Satzlehre, Anfertigung von Aufsätzen usw. Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 9.— Mk. erhoben. Erwerbslose zahlen 5.— Mk. Die Lehrmittel werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen bis zum 30. April (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin C 54, Rajenthaler Straße 13 (nahe S-Bahnhof Börje und U-Bahnhof Weimesserstraße). Das Schulbüro ist werktäglich außer Sonnabends von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends geöffnet.

Bücherschau

In der Aprilnummer der Monatszeitschrift „Die Arbeiterfront“ kündigt diese Gemeinschaft wertvoller Bücher, die jetzt wieder von der Jury der Deutschen Buchausstellung bei der Auswahl der 50 besten Bücher des Jahres 1931 ausgezeichnet wurde, einige neue Werke an. Ferner die Herausgabe des Einheitskalenders von 75 auf 50 Pf. und die Aneuerung, daß die fünfzigsten alle Bücher in Schlußumfängen geliefert werden. Die erstaunliche Leistungsfähigkeit der Verlegerische Union hat trotz aller Schwierigkeiten dieser die Wirkung gehabt, daß diese kulturelle Organisation ihren Mitgliederhand nicht nur halten, sondern verbessern konnte. Die vorliegende Zeitschrift, die den Mitgliedern der Arbeiterfront in jedem Monat kostenfrei zugeht, enthält einen Artikel, der besonders auf die neue Verbeamtung „General und die Frauen“ von Walter Victor hinweist, und im übrigen bringt das Best Erhaltenes und Abgebildetes.

Der Dies-Verlag beweist eine außerordentlich glückliche Hand bei der Herausgabe aktueller, aufsehenerregender, dabei sachlich zuverlässiger Broschüren. So hat Wählerzeit unter dem Titel „Wahlrecht“ (15 Pf.) einen Vergleich angefertigt, wie in fast jeder Hinsicht unter heutigen „Zustufen“ bei allen seinen Mängeln doch einen großen Schritt vorwärts bedeutet, und daß wir wachseln keine Veranlassung haben, wieder um einen Schritt zurückzugehen. Diese materialreiche Gegenüberstellung muß man stets in der Tasche haben, um sie bei Unverhältnissen zu verwenden. Eugen Wagner hat eine temperamentvolle Streitschrift mit dem Titel „Wer hat uns?“ (10 Pf.) geschrieben und rechnet damit mit den Nazis gründlich ab, ebenso mit den sozialisierenden Korolen der Kommunisten, die schon in viel Verwirrung gestürzt haben. Es wäre gut, wenn diese wertvollen billigen Werke in viele Hände kämen. Hier ist eine Aufgabe für die Parteiorganisationen.

Kampferkämpfschrift der Eisernen Front.

Hoch hebt die Hämmer!
Hoch schwingt das Werkzeug!
Wieder leuchtet uns hell der Mai!

Die diesjährige reich ausgestattete und sowohl technisch wie künstlerisch hervorragende Kampferkämpfschrift ist eine Kampfschrift geworden. Eine Kampfschrift für den Mai in der Eisernen Front!

Durch moderne Abstraktion zusammengestellte Bilder zeigen in verblüffender Weise, wobei die bis in die Zukunft reaktionäre Sozialistenbewegung kommt und welchen Weg sie nehmen will. Alarmierende Bilder von der Eisernen Front und der in ihr marschierenden Arbeiterfront und Reichsbannerkämpfer geben ein Bild von der Begeisterung, die der Aufruf der Partei an die Arbeiterfront zum Kampf gegen die Hitlerzeitung und die anderen reaktionären Zeitschriften auslöst. Ein außerordentlich wirkvoller Artikel aus der Feder des Genossen Siegfried Kufhäuser weist in eindringlicher Weise auf die Bedeutung der Arbeiterfront in diesem Kampferjahr hin.

Die wirkliche Lösung und im besten Sinne moderne Kampfschrift wird mit einem schwingenden Appell des bekannten Arbeiterdichters Max Barthel geschlossen. Der Preis von nur 20 Pf. ist angesichts des Gebotenen als fabelhaft billig zu bezeichnen.

Verbandsnachrichten

(Beratungsmittlungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 18. April bis 24. April ist der 17. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Sterbetafel

Berlin. Am 10. April starb der Tischler, Kollege Ernst Rhode, im Alter von 74 Jahren. Er war über drei Jahrzehnte ein treues Mitglied unseres Verbandes. — Am 11. April starb Kollege Richard Kraemer, Tapezierer, im Alter von 49 Jahren.

Nürnberg. Im Alter von 71 Jahren starb unser Kollege, der Sattler Konrad Schwemmer.

Offenbach a. M. Am 15. März starb unser Mitglied, der Portefeuller Nikolaus Gebr. X. aus Diebenbach im 52. Lebensjahr nach 26jähriger Mitgliedschaft.

Ehre ihrem Andenken!

Vom Sowjetstern zum Hakenkreuz.

Wenn auch Hitler in Interviews in der ausländischen Presse es nicht wahrhaben will, daß am 10. April ein großer Teil ehemaliger Thälmann-Wähler für ihn gestimmt haben, so besteht doch gar kein Zweifel darüber, daß die Parolen der KPD. es nun glücklich soweit gebracht haben, daß tatsächlich ein erheblicher Teil von einst kommunistischen Wählern ins Hitler-Lager übergetaucht ist. So stellt das gauamtliche Organ der NSDAP für Baden „Der Führer“ (Nr. 90 vom 11. April 1932) fest:

„Hitler ist in Baden also in die kommunistische Front eingebrochen. Was bisher als unmöglich bezeichnet wurde von den Parteien des Systems ist gescheit. Die rote Front wackelt unter dem Vormarsch des Nationalsozialismus. Hakenkreuz ist stärker als Sowjetstern!“

Und noch schwerer wiegt, daß das Zentralkomitee der KPD. selbst in der „Roten Fahne“ (Nr. 78 vom 12. April 1932) schamvoll verkaufenermaßen zugestehen muß:

„Von den fünf Millionen kommunistischen Wählern vom 13. März ging ein großer Prozentsatz am 10. April nicht zur Wahl. Nur ein sehr geringfügiger Teil ließ sich trotz des ungeheuren Aufgebots an skrupelloser Agitation, gefälschten Flugblättern, schmutziger Verleumdungen der Gegner dazu verleiten, dem einen oder dem anderen Kandidaten der Bourgeoisie ihre Stimme zu geben.“

Diese Sätze sind nicht mehr oder weniger als das glatte Eingeständnis der Pleite des kommunistischen „Kampfes“ gegen den Faschismus. Unsere Pflicht ist es nun, bis zum 24. April in den Betrieben unermüdlich Aufklärung darüber zu verbreiten, wozu der Weg der KPD. eigentlich führt.

Rundschau

Theodor Kieneker f. Am 11. April ist der Vorsitzende des Zentralverbandes christlicher Lederarbeiter nach langen schweren Leiden im Alter von 58 Jahren gestorben. Von Beruf Schuhmacher, gehörte Kieneker zu den Mitbegründern seiner Organisation. Seit 1903 war er hauptsächlich als Gauleiter, Redakteur, und vom Jahre 1909 ab als Zentralvorstand tätig.

SA für das ganze Reich verboten. Die Reichsregierung hat auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung verordnet, daß sämtliche militärischen Organisationen der NSDAP, insbesondere die Sturmabteilungen (SA), die Schutzstaffeln (SS), mit allen dazugehörigen Stäben und sonstigen Einrichtungen einschließlich der SA-Beobachter, SA-Reserven, Motorstürme, Marine-Stürme, Reiterstürme, des Fliegerkorps, Kraftfahrkorps, Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA-Kafatern und der Zeugmeistereien mit sofortiger Wirkung aufgelöst werden. Endlich, viel zu spät, hat die Reichsregierung zugegriffen. Es war ein unerträglicher Zustand, daß sich Hitler für seine besonderen politischen Zwecke eine eigene Privatarmee hält, deren Vorhandensein schon eine Gefahr für den deutschen Staat bildet. Man wird abzuwarten haben, wie weit das Verbot tatsächlich durchgeführt wird. Fest steht, daß den Nazis bereits vorher bekannt war, daß die Auflösung der SA. erfolgen sollte und deshalb Maßnahmen zur Selbstauflösung vorbereitet waren.

Säbmoß in der Ernährung der werdenden Mutter. In den von Professor Bogel und Dr. Berg verfaßten „Grundlagen einer richtigen Ernährung“ wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Saft frischer Früchte — und damit jeder naturreine

Tafel- und Traubensüßmoß — im Gegensatz zu Wasser und Milch nicht zur Zurückhaltung des Wassers im Körper führe, sondern die Wasserausscheidung begünstige. „Dies ist besonders wichtig für die schwangere Frau, da durch Wasseraufspeicherung im Körper Mutter und Kind nur aufgeschwemmt werden.“

Drei Pfeile

Drei Pfeile flogen gleiche Bahn,
Sie stoßen vor, sie greifen an.
Der erste Pfeil heißt Einigkeit
Und spricht: Trefft gut und seid bereit!
Der zweite Pfeil heißt Disziplin
Und spricht: Den Feind, wir schlagen ihn!
Der dritte Pfeil Aktivität
Spricht: Vorwärts, ehe es zu spät!



Genossenschaftswesen

Nationalsozialisten und Konsumvereine. Auf wie niederträchtige Weise Nationalsozialisten gegen die Konsumvereine kämpfen, mögen folgende Beispiele zeigen:

Vor längerer Zeit ging von einem Mitglied des Konsumvereins Höpft (Wain) und Umgebend die schriftliche Austrittserklärung ein. Da es sich um ein langjähriges, gut laufendes Mitglied handelte, erkundigte sich ein Funktionär des Konsumvereins nach den Gründen des Austritts. Dabei wurde festgestellt, daß der im gleichen Haushalt lebende Schwiegerohn des Mitglieds die Austrittserklärung geschrieben hatte. Als Sturmführer einer SA-Truppe der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiter“-Partei fühlte sich dieser laubere Schwiegerohn berufen, ohne Wissen seiner Schwiegereltern deren Austritt aus dem Konsumverein zu erklären. Durch den Befehl des Funktionärs wurde erreicht, daß das Mitglied dem Konsumverein treu blieb und den einseitigen Schwiegerohn an die frische Luft setzte.

In einem anderen Orte hatte ebenfalls ein Mitglied seinen Austritt erklärt. Am Jahreschluss erhielt dieses Mitglied dann vom Amtsgericht die Mitteilung, daß seine Mitgliedschaft im Konsumverein erloschen sei. Hieraus erliefen der Mann furchtbar aufgeregt in der Verteilungsstelle und protestierte gegen seinen Ausschluss. Dieser sei nach seiner Meinung erfolgt, weil er Nationalsozialist sei; er drohte, den Verein wegen Verletzung der politischen Neutralität zu verklagen. Der Kontrolleur des Vereins stellte dann bei einem Besuch des betreffenden Mitglieds fest, daß die Austrittserklärung gar nicht von dem Mitglied selbst geschrieben war, sondern nach Mutmaßung des Mitglieds von einem Funktionär der nationalsozialistischen Ortsgruppe. Auch dieses Mitglied erklärte: „Ich dachte gar nicht daran, aus dem Konsumverein auszutreten, der mir schon viele Vorteile verschafft hat. Lieber verzichte ich auf die Mitgliedschaft in der NSDAP.“